

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags am Vormittag. Der Abonnementpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postzuschlag kommen sämtliche Postämter in Betracht. Unter Umständen können auch andere Abnahmestellen in Betracht kommen. Preis für Deutschland und Österreich 10,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Inland- und Ausland-Vertrieb durch die Expedition, Berlin S. O., Breite Straße 55.

Die abgesetzten Kontraktstellen oder deren Raum kostet 2.- M. einschließlich Frachtaufschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Frachtaufschlag. Ausland-Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befunde 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befunde in Wort-Anzeigen das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4803, 4835, 4849, 4921

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gewerkschaften und Staat in Rußland

Die deutsche Arbeiterschaft hat es allgemein begrüßt, daß eine Delegation der russischen Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland erschien. Das Bedürfnis, Aufklärung über die Gewerkschaftsbewegung in Rußland zu erhalten und Beziehungen zu den russischen Organisationen anzuknüpfen, war längst vorhanden und daher hoffte die deutsche Arbeiterschaft, das Erscheinen der russischen Delegation werde Gelegenheit geben, die schmerzlich empfundene Lücke auszufüllen. Umso peinlicher mußte es wirken, als der Führer der russischen Gewerkschaftsdelegation Losowski, die Gelegenheit seiner Anwesenheit in Deutschland ausschließlich dazu benutzte, um Beschimpfungen gegen die deutsche Gewerkschaftsbewegung anzuspitzen und auch in Deutschland eine Furcht von Spaltspitzen innerhalb der Gewerkschaften anzulegen. Was Losowski an positiven Dingen über die russische Gewerkschaftsbewegung mitgeteilt hat, ist schon mehrfach von den in Deutschland anwesenden Kennern der russischen Verhältnisse als ansehnlich bezeichnet worden. Durch dieses Auftreten des Mannes ist ein Zustand herbeigeführt worden, der jeden, dem an der Herbeiführung von Klarheit etwas liegt, zwingt, die Irrtümer und falschen Vorstellungen, die durch Losowskis Tätigkeit entstanden sind, zu streuen zu helfen. Kurz vor seiner Abreise nahm Losowski noch einmal die Gelegenheit einer Unterredung mit einem Mitglied des Bureaus für Internationale Meinungs-austausch wahr, um von neuem die Missverständnisse und widersprüchlichsten Mitteilungen über das russische Gewerkschaftswesen und über die Stellung der russischen Gewerkschaften zum Staat zu verbreiten. Die Niederschrift dieser Unterredung steht uns zur Verfügung und wir geben daraus die wichtigsten Teile wieder.

Losowski widerspricht zunächst der Behauptung, die Gewerkschaften in Rußland seien staatliche Institutionen. Alle Mitglieder in sämtlichen nationalisierten und kommunizierten Betrieben seien Mitglieder der Gewerkschaften, aber es seien keine gesetzlichen Bestimmungen vorhanden, die die Arbeiter zwingen, in die Verbände einzutreten. Selbstverständlich übe jeder Verband seine Macht aus. Losowski widerspricht sich indes selbst, wenn er später sagt, es sei selbstverständlich, daß „in einem Sowjet-Staat, wo die Arbeiter entscheidenden Einfluß auf alle staatlichen Angelegenheiten haben, jeder Arbeiter Mitglied der Organisation werde“.

Losowski kommt zu der Frage, wieviel industrielle Arbeiter es in Rußland gäbe. Eine genaue Auskunft darüber vermochte er nicht zu erteilen. Ein Statistiker, der „sein kommunist“ sei, sage, daß es 6 Millionen Arbeiter in Rußland gäbe, die gewerkschaftlich organisiert seien. Dieser Statistiker aber habe seine Berechnungen auf Grund einer Erhebung aus dem Jahre 1898 gemacht. Später hätten dann noch verschiedene Teilschätzungen stattgefunden, über die Losowski ebenfalls einige Mitteilungen macht, die jedoch völlig unzureichend sind, um ein allgemeines Bild zu ergeben. Die Statistik zeigte aber, führt Losowski aus, die Verkleinerung der Städte, deren Bevölkerung zum großen Teil an der Front war oder zur Landwirtschaft ging. Genauere Zahlen fehlen ihm auch hier. Er behauptet indes, daß der Verlust der städtischen Bevölkerung etwa 6-7 Prozent betrage.

Einige positive Mitteilungen über die Aufgaben der Gewerkschaften, die Losowski macht, sind immerhin von einigem Wert, weshalb wir sie nachfolgend zum Ausdruck bringen:

„Alle Schutzmaßnahmen werden von den Gewerkschaften durchgeführt. Das russische Arbeitsministerium wird gebildet von den Gewerkschaften und den Inspektoren der Arbeit, die von den Gewerkschaften gewählt sind. Die Maßnahmen für den Arbeiterschutz, die Tariffrage, die Frage der 8-stündigen Arbeitszeit, die Frage der Frauen- und Kinderarbeit werden von den Gewerkschaften ohne weiteres erledigt. Die Tarife werden von den Gewerkschaften zusammengestellt und dann von dem Zentralrat und den Gewerkschaften festgelegt. Sie bedürfen dann noch einer besonderen Sanktion des Arbeitsministeriums. Wenn das Arbeitsministerium nicht zustimmt, so kommt der Antrag noch einmal vor den Zentralrat der Gewerkschaften und man berät zusammen mit dem Arbeitsministerium. Bestimmungen, die der Zentralrat gemeinsam mit dem Arbeitsministerium erläßt, sind entscheidend und verbindlich. Das Ministerium hat jedoch kein Vortrecht, sondern nur ein Recht des Aufschubs. Selbstverständlich werden auch Unterhandlungen mit dem Oberwirtschaftsrat geführt, da es sich nicht nur um eine Geldfrage, sondern auch um eine Frage der Lebensmittel handelt. Auch mit andern Stellen gehen Verhandlungen voraus. Aber die Entscheidung liegt allein beim Zentralrat der Gewerkschaften.“

Losowski fügt hinzu, daß die Funktionen der Gewerkschaften in der Regelung des Verhältnisses zwischen den Arbeitern und dem Staat bestehen. Aus alledem geht hervor, daß Staatsgewalt und Gewerkschaftsbürokratie, zwischen denen kaum ein merkbarer Unterschied besteht, wenn man sich der Personenkreise erinnert, auf die beide Faktoren sich stützen, entscheidend sind und endgültigen Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages ausüben, ohne daß die Masse der

Zusammentritt der Berner Konferenz

Die erste Tagung

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Bern, 5. Dezember.

Am Sonntag vormittag trat in Bern die von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz einberufene internationale Konferenz zusammen. Die Konferenz ist von folgenden Parteien offiziell befehligt: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Crispian, Ledebour, Hillerding, Rosenfeld; Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands: Friß Adler, Otto Bauer; Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei der tschechoslowakischen Republik: Karl Cermak; Sozialdemokratische Partei Frankreichs: Longuet, Paul Faure; Unabhängige Arbeiterpartei Englands: Wallhaeb, Johnson, Phipps; Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Menschewiki): Martow; Sozialdemokratische Partei der Schweiz: Graber, Grimm, Huggler, Reinhard. Da die Sozialistenpartei Amerikas ihre offizielle Vertretung nicht mehr rechtzeitig entsenden konnte, ist sie offiziell durch den Genossen Gollamb vertreten. Die Sozialdemokratische Partei Lettlands hat den Genossen Longuet mit der Vertretung beauftragt. Als Vorsitzende werden bezeichnet: Reinhard, Longuet und Ledebour. Die Konferenz ist ausschließlich besetzt von Vertretern sozialistischer Parteien, die aus der zweiten Internationale ausgeschieden sind. Ueber die Ergebnisse der Beratungen werden Mitteilungen erfolgen.

Das Ergebnis der Londoner Konferenz

III. Paris, 6. Dezember.

Das Ergebnis der Londoner Konferenz ist folgendes:

1. Der Beschluß des finanziellen Boykotts Griechenlands für den Fall, daß Konstantin den Thron besteigt.
2. Die Vorbesprechung des kleinasiatischen Problems, der zufolge Smirna den Griechen abgenommen werden dürfte, um unter türkische Oberhoheit zurückzuführen, allerdings unter alliierter Kontrolle.
3. Bezüglich der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland hält das offizielle Frankreich neben dem Vertragsprojekt Englands an seiner ablehnenden Haltung fest, wird aber im Privatverhandlungsverkehr mit Rußland keine Hindernisse in den Weg legen.
4. Bezüglich der Wiedergutmachungsfrage herrscht volle Übereinkunft zwischen den Alliierten. Am 13. Dezember werden die technischen Delegierten der einzelnen Mächte bestimmt werden, die am 15. Dezember in Brüssel zu einer Konferenz zusammentreten sollen. Ferner wurde auch das Problem Palästinas besprochen. Nach

organisierten Arbeiter mitzureden hat. Wir wollen diesen Zustand nicht kritisieren, wollen aber hervorheben, daß die Stellung der Gewerkschaftsorganisationen in Staat und Gesellschaft damit eine wesentlich andere geworden ist als in Westeuropa. Auch das ist ein Grund, weshalb die Gesplogenschaften der russischen Gewerkschaften auf die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung keine Anwendung finden können.

Zu diesen Darstellungen Losowskis äußert sich der Genosse Martow. Martow knüpft an die Behauptung Losowskis an, der Verlust Rußland an Industriearbeitern seit der Nachtergreifung durch die Bolschewiki betrage nur 6-7 Prozent. Dieser Schluß wirke, schreibt Martow, auf den ausländischen Sozialisten nach alledem, was die bolschewistischen Positiver selbst über den katastrophalen Mangel an qualifizierten Arbeitern geschrieben haben, ganz verblüffend. Die Ziffer, die Losowski für die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Proletarier angibt, sei phantastisch. Sie sei geboren aus zwei Haupttäuschungen. Dazu teilt Martow mit:

„Erstens operiert Losowski mit den Gewerkschaftsmitglieder-Ziffern, die vor zwei bis drei Jahren der Wirklichkeit entsprachen. Da aber die Gewerkschaften sich aus freien Verbindungen der Arbeiter in Zwangsvereinigungen verwandelten, als alle Arbeiter einfach dem entsprechenden Produktionsverbande angegliedert oder zugewandt wurden, ihre „Beiträge“ automatisch von den Fabrikleitungen den Löhnen abgezogen wurden und eine Verbearbeitung für die Gewerkschaften von selbst aufhörte, sind diese Ziffern von 1917 oder 1918 eine „konventionelle Fäße“, des bolschewistischen Sozialisten geworden. Die Arbeiter starben, gingen in die Landwirtschaft über, wurden als Soldaten mobilisiert oder fanden in der Staatsbürokratie eine erträglichere Existenz, aber aus den Risten der Gewerkschaftsmitglieder wurden sie nicht gestrichen. Die ganzen Industrien eines Landes liegen jahrelang still, aber die Arbeiter in ihnen beschäftigten Arbeiter bleiben immer in der offiziellen Statistik als „organisierte“ eingerechnet.“

vier Tagen soll eine weitere Konferenz der Alliierten in London oder Paris stattfinden.

Ministerpräsident Legerue ist gestern vormittag 10,30 Uhr nach Paris zurückgereist, ebenso Graf Sforza nach Rom.

Frankreichs Ansprache

Paris, 5. Dezember.

Nach einer Meldung des „Matin“ soll Ministerpräsident Legerue erklärt haben, Frankreich verlange von Deutschland nichts Unmögliches, aber Deutschland müsse im ersten Jahre einen bedeutenden Teil seiner Wiedergutmachungsschuld begleichen, die Frankreich für das Etatsjahr 1921 vorgeschossen habe. Es handle sich um 16 Milliarden Franken. Wenn es das tue, werde es Frankreich zu Entgegenkommen sowohl hinsichtlich der Frist als auch der Zahlungsart bereit finden. Wenn Frankreich aber auf bösen Willen stöbe, dann werde es über die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, beraten. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ erklärt, Lloyd George und Donat Cyprien hätten dem zugestimmt.

Die Krise im Osten

Vor neuen Kriegshandlungen

III. Riga, 5. Dezember.

Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation, Joffe, erklärte gestern dem Vertreter der „Segodnia“, Rußland brauche nach der Befreiung Wrangels Polen gar nicht zu fürchten. Wenn Polen keinen guten Willen zur Abschließung eines für Rußland annehmbaren Friedens zeige, werden neue Kriegshandlungen unvermeidlich sein. Rußland verlange von Polen u. a., daß es seine Eroberungspolitik in Bezug auf die Randstaaten aufgebe. Vor allem müßten die polnischen Truppen ganz Litauen und Ostgalizien räumen und die polnische Regierung müßte die Unabhängigkeit Ostgaliziens anerkennen. In Bezug auf das Schwarze Meer hätte Polen seine Uninteressiertheit zu erklären und schließlich künftighin alle Kombinationen fallen zu lassen, die die Schaffung eines rumänisch-polnischen gegen Rußland gerichteten Bündnisses bezwecken.

Die englisch-russischen Verhandlungen

Ablehnung des Handelsabkommens

London, 5. Dezember.

„Evening Standard“ berichtet, Krassin habe auf das nach Moskau übermittelte russisch-englische Handelsabkommen von der Sowjetregierung die Antwort erhalten, der Sowjetregierung sei der Abschluß dieses Handelsabkommens nicht erwünscht. Nach ihrer Ansicht liege die vorteilhafteste Politik für die Alliierten darin, alle Einschränkungen aufzuheben und Privaten zu gestatten, mit Rußland Handel zu treiben.

Die zweite Fälschung besteht darin, daß Losowski zu den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern auch die Mitglieder der Sowjet-Beamten- und Angestelltenverbände rechnet, die bei den gegebenen Zuständen einen erheblichen Teil der jetzigen russischen Bevölkerung ausmachen. Alle Welt ist in Rußland jetzt im Staatsdienste und alle diese Bureauangestellten und Funktionäre, die offiziellen Polizeiganten der „Außerordentlichen Kommission“ wie auch alle früheren „freien Berufe“ (Klerik, Volksschlichter, Artisten, Musiker, Journalisten usw.) sind Mitglieder dieser Verbände, die für ganz Rußland wirklich ein paar Millionen Menschen umfassen sollen. In der Frage der Zahl der in der Produktion beschäftigten Menschen ist mit diesen Millionen als eine negative Größe zu rechnen.“

Wie phantastisch die Angaben Losowskis in der Tat sind, geht auch aus offiziellen Ziffern über das russische Wirtschaftsleben hervor, die Martow ebenfalls anführt. Wir geben auch diesen Teil seiner Darlegungen wörtlich wieder:

„Nach der „Economiceskaja Schin“ (Organ des Volkswirtschaftsrates vom 7. Februar 1920) wurden in der Petersburger Metallindustrie (nur in den Betrieben mit 200 und mehr Arbeitern) beschäftigt:

| | |
|--------------------|-------------------|
| am 1. Januar 1917 | 239 000 Arbeiter, |
| am 1. Januar 1918 | 191 000 Arbeiter, |
| am 1. Oktober 1919 | 43 000 Arbeiter. |

Also von je hundert Arbeitern bleiben nicht mehr als 14,5.

Nach demselben offiziellen Organ ist die Zahl der in der Gruppe der größten Metallfabriken Mittelrußlands („Gruppe Sormowo Kolonna“ oder „Gomja“ genannt) beschäftigten Arbeiter in der Zeit von 1917 bis 1919 auf 50 Prozent gesunken. („Econ. Schin“, 20. Februar 1920.)

Endlich, immer nach „Economiceskaja Schin“ (vom 15. Mai 1920) ist die Zahl der in Betrieb befindlichen Spindeln in 38 der größten nationalisierten Textilfabriken in der Zeit von 1917 bis 1920 von 7 284 000 auf 498 984, die Zahl der Webstühle von 164 709 auf 30 938 reduziert worden. Dementsprechend sollen die betreffenden Zahlen der beschäftigten Arbeiter nur etwa 7 bis 15 Prozent vom früheren Bestande bilden.“

Es gehört allerdings eine gewisse Kühnheit dazu, um nach diesen offiziellen russischen Angaben die Behauptung zu wagen, die Industrieböllerung in Rußland sei nur um 7 Prozent vermindert worden. Aber Martow hat noch weitere Ausführungen offizieller Organe der Sowjet-Republik zur Hand, auf die er seine Darstellung stützt. Nach den Mitteilungen von Rykoff, dem Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates, schreibt Martow folgendes:

„Rykoff erklärt, daß unter den gegebenen Verhältnissen die ganze russische Industrie nur etwa 600—700 000 Arbeiter beschäftigen könne, und das traglichste sei, daß sie auch diese Zahl der für sie notwendigen Kräfte nicht finden könne. Auch dieser Rykoff sei eines unmittelbaren Vorgesetzten sprich gegen Losowski mit seinen botemkinischen Dörfern von 5 1/2 Millionen industrieller, gewerkschaftlich organisierter Arbeiter von selbst.“

Von außerordentlicher Wichtigkeit sind ferner einige Bemerkungen Martows über die Behauptung Losowskis, daß die russischen Gewerkschaften keine staatlichen Institutionen seien. Diese Behauptung schlage der ganzen Tätigkeit Losowskis selbst ins Gesicht, der als Gewerkschaftler bis zum Anfang dieses Jahres, als er in die kommunistische Partei eintrat, einen heftigen Kampf gegen die offizielle kommunistische Doktrin der „Verstaatlichung der Gewerkschaften“ führte und uns, die Sozialdemokraten, in unserem Kampfe gegen die Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Organe des Volkswirtschaftsrates sehr oft unterstützt habe. Damals hat Losowski in seiner Zeitschrift „Der Proletarier“ sehr unzweideutig den Gedanken vertreten, daß die Tendenz des Sowjet-Staates dazu führt, die Gewerkschaftsorgane in die Mäher des zentralisierten bürokratischen Mechanismus zu verwandeln, was in der Praxis schon in großem Maße erreicht worden ist.

Martow schließt mit den Worten:

„Keine Sekte ohne Legenden. Um eine neue bessere Gewerkschaftsinternationale auf den Ruinen der existierenden zu gründen, ist es wohl notwendig, eine Legende über die nie dagewesene Blüte der russischen Gewerkschaften zu verbreiten. Es fragt sich nur, ob sich im zwanzigsten Jahrhundert ein festes soziales Gebilde auf einem „mythologischen“ Fundament errichten läßt.“

Wir denken nicht daran, den russischen Gewerkschaften Vorschriften über ihre Taktik im eigenen Lande zu machen. Wenn sie die von ihnen angewandten Methoden und die von ihnen beliebte Stellung zum Sowjet-Staat für richtig halten, weiß sich ihre Haltung aus der Eigenart der Lage als notwendig ergibt, so haben wir keinen Grund, uns in ihre Entscheidungen einzumischen. Die westeuropäische Arbeiterbewegung aber muß es ebenso ablehnen, Belehrungen von der russischen Gewerkschaftsbewegung zu empfangen. Sie muß es umso mehr, je deutlicher es wird, daß die russischen Gewerkschaftsdelegierten ihre in Deutschland verbreiteten Doktrinen nur stützen konnten auf Legenden, auf falsche Angaben über die russischen Verhältnisse. Wir bedauern es außerordentlich, daß es auf solche Art nicht möglich sein wird, gesunde und für beide Teile fruchtbarere Beziehungen zwischen den deutschen und russischen Gewerkschaften anzuknüpfen.

Krach im Völkerbund

Die Vertretung der argentinischen Republik hat ihre Mitarbeit an den Beratungen der Völkerbundskonferenz eingestellt. In einer Erklärung begründet der Vorsitzende der Mission, Herr Pueyrredon, diesen Schritt damit, daß die Erwartungen, die Argentinien an die Einladung zum Völkerbund geknüpft habe, nicht in Erfüllung gegangen seien. Der Menschheit sollte eine Zukunft der Befreiung von Kriegen, die Herrschaft des Rechts, der praktischen Solidarität und der Gerechtigkeit unter den Staaten gesichert werden. Argentinien habe eine Reihe von Vorschlägen gemacht, um dieses Ziel zu erreichen, sie seien aber nicht in Betracht gezogen worden. Diese Vorschläge waren: Zulassung aller souveränen Staaten, Zulassung der kleinen Staaten ohne Stimmrecht, Bildung eines Rates durch demokratische Wahl, obligatorische Schiedsgerichte und obligatorischer Gerichtshof. Nachdem die Aufgabe, die großen Verfassungsfragen des Völkerbundes zu regeln, durch die Vertagung der Abänderungsanträge hinfällig geworden sei, müsse die argentinische Abordnung ihre Mitarbeit einstellen. Es wird weiter berichtet, daß auch die Vertreter Kanadas und Neu-

zeelands den Gründen der argentinischen Delegation beigetreten seien.

Der Schritt der Argentinier hat weltpolitisch keine große Bedeutung, denn der Völkerbund ist in seiner gegenwärtigen Form nichts anderes als eine Erweiterung der Entente und neben den großen Weltmächten haben die kleineren Staaten darin nicht viel zu bestimmen. Als Stimmungsäußerung jedoch ist dieser Vorfall bemerkenswert. Es ergibt sich wiederum, daß in der harten Welt der kapitalistischen Tatsachen moralische Betrachtungen, wie sie Wilson bei der Gründung des Völkerbundes angestellt hatte, keine Wirkung haben. Hinter der idealen Auffassung vom Völkerbund, die in der Erklärung Pueyrredons zum Ausdruck kommt, verbirgt sich die sehr reale wirtschaftliche Tatsache, daß Argentinien den Markt der Länder braucht, die heute noch vom Völkerbunde ausgeschlossen sind, und daß es deshalb lebhaft daran interessiert ist, daß ein wirklicher Friedenszustand mit Deutschland hergestellt werde. Argentinien steht erst im Anfange seiner wirtschaftlichen Entwicklung, es ist darauf angewiesen, Agrarprodukte auszuführen und fremdes Industriekapital bei sich anzusiedeln. Es steht also ebenso wie andere südamerikanische Staaten in einem Gegensatz zu Nordamerika, das die wirtschaftliche Entwicklung zu einem vorwiegenden Industrieland gemacht hat.

Die Arbeiterklasse weiß, daß sie von einem Völkerbund der kapitalistischen Regierungen nichts zu erwarten hat. Nicht die Befreiung der kapitalistischen Wirtschaft auf weltpolitischer Grundlage ist das Ziel des Proletariats, sondern die Vereinigung des internationalen Proletariats zur Eroberung der politischen Macht. Erst wenn das Proletariat der ganzen Welt zu einer aktionsfähigen Internationale vereint, dieses Ziel verwirklicht ist, wird es möglich sein, jene idealen Aufgaben zu erfüllen, die der Völkerbund niemals zu lösen vermag.

Der Völkerbund und Armenien

Der Präsident des Völkerbundes hatte an alle angeschlossenen Regierungen Telegramme gerichtet, in denen um eine Meinungsäußerung über Armenien ersucht wurde. Aus den bisher vorliegenden Antworten erfährt man, daß Belgien jeden diplomatischen Akt unterstützen will, der Armenien den Frieden sichern würde. Die dänische Regierung will an der vorgeschlagenen humanitären Mission mitwirken. Der schwedische Ministerpräsident gab eine ausweichende Erklärung ab und die norwegische Regierung sagt, daß sie wegen der entfernten Lage des Landes und der vorwiegendsten Verhältnisse nicht in der Lage sei, an einer Aktion in Armenien teilzunehmen.

Lenin über den Wiederaufbau Rußlands

Auf der letzten Bezirkskonferenz der Kommunistischen Partei in Moskau hielt Lenin, laut einem Bericht der „Roten Fahne“, eine Rede, in der er eine Uebersicht über die internationale Lage gab. Er sagte unter anderem:

„Der Friede mit Polen hat die Vernichtung Wrangels ermöglicht. Der Plan einer Zertrümmerung Sowjet-Rußlands ist zusammengebrochen. Wir haben nun eine Atempause erlangt, die größer als je sein wird. Die internationale Revolution, welche die alleinige Bedingung unseres Sieges ist, entwickelt sich nicht in jenem Tempo, wie wir anfangs geglaubt haben. Wir kämpfen um die Bedingungen, die uns die Möglichkeit und die Kraft geben werden, diese Revolution abzumachen. Obwohl die bürgerlichen Länder im Kriege ein Mittel zur Abwehr der revolutionären Gefahr erblickten, sind sie gezwungen, den Krieg gegen Rußland einzustellen. Neue Uebersätze sind möglich, aber wir sind nunmehr imstande, inmitten der bürgerlichen Länder zu existieren. Dies wird uns dadurch ermöglicht, daß in jenen Ländern die Revolution herangereift ist.“

Ein Land, das drei Jahre gegen den Imperialismus standhält, ist unausweichlich zu einem internationalen Faktor geworden. Zudem wir Konzessionen an Amerika gewähren, spizen wir die Beziehungen zwischen Japan und Amerika zu. Wir werden diese Zustellung in unserem Interesse ausnutzen. Durch Unterzeichnung der Konzeption erringen wir einen materiellen und moralischen Sieg über die bürgerlichen Länder; diese sind, statt uns zu bekriegen, gezwungen, unsere Lage zu festigen. Wir müssen diese Konzessionen unterschreiben, weil ein Land allein nicht den Kapitalismus der

ganzen Welt kürzen kann. Die Vorgänge am Kaukasus werden möglicherweise zum Krieg führen, der für uns dank unseren überlegenen Kräften günstig ausfallen wird.“

Bei den Schilderungen der inneren Lage Sowjet-Rußlands stellte Lenin eine Besserung fest. „Es genügt nicht“, sagte er, „die Nacht an sich zu reißeln, man muß ein Musterbeispiel staatlichen Aufbaues geben und muß beweisen, daß das Proletariat sich nicht nur seiner Haut zu wehren, sondern auch aufzubauen versteht. Wenn wir dies nicht zu tun vermögen, werden keine militärischen Erfolge uns helfen. Wir werden dann zum Alten zurückkehren. Wir müssen das Leben der Bauernschaft auf neuen Grundlagen aufbauen. Hierzu ist ein einheitlicher Plan nötig. Seine Vortaussetzung wird die Elektrifizierung Sowjet-Rußlands sein.“

Die Rede Lenins beweist, daß er, im Gegensatz zu zahlreich führenden Kommunisten in Rußland und Deutschland, sich von den Realitäten der internationalen Politik recht wohl Rechenschaft abgibt und es jetzt ablehnt, die Politik Sowjetrußlands einzig und allein von der Erwartung der Weltrevolution bestimmen zu lassen.

„Die internationale Revolution“, so erklärt er, „entwickelt sich nicht in jenem Tempo, wie wir anfangs geglaubt haben.“ Das ist einerseits ein kalter Wasserstrahl an die Adresse der „Stürmer und Dränger“ von links, andererseits der Versuch einer Reduzierung jener umfassenden Konzeptionen, die die Sowjetregierung Amerika gewährt hat. Wichtig ist, was Lenin über die Fähigkeit des Proletariats zum Wiederaufbau sagt. Es genügt in der Tat nicht, die Nacht an sich zu reißeln, — aber wie das hier üblich ist, mit dieser Nachroberung zu drohen, — das Proletariat muß vielmehr sein Hauptaugenmerk darauf richten, jene Kräfte und Fähigkeiten zu entwickeln, die notwendig sind für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Ausrufung der Sowjetrepublik in Armenien

Paris, 5. Dezember.

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel sollen die bolschewistischen Truppen die Nordostgrenze von Armenien überschritten und in Deiljan die Sowjetrepublik ausgerufen, außerdem von den Kemalisten die Räumung von Armenien und der Stadt Kars gefordert haben.

London, 4. Dezember.

Einer drahtlosen Meldung aus Moskau zufolge, hat sich Armenien zur Räterepublik erklärt.

Vorsicht vor obereschlesischen Greuelnachrichten

Wie die „Obereschlesische Morgen-Zeitung“ berichtet, fand im Hotel „Prinzregent“ eine Versammlung von polnischen Führern statt, in der auch Korfany anwesend war. Korfany bezeichnete die deutschen Zeitungsberichte über polnische Greuelthaten als ein gutes Mittel, die Abstimmungsentscheidungen aus dem Reich von der Reize nach Oberschlesien zur Abstimmung abzuhalten. Er meinte, es wäre sogar gut, wenn die deutsche Presse bestochen würde, damit sie noch recht viele Berichte über Greuelthaten in Oberschlesien brächte. Korfany hat Korfany kürzlich geäußert, daß von neun deutschen Vertrauensleuten, die nach Oberschlesien gingen, immer zwei von ihm gefaßt seien. Die Annahme ist also nicht von der Hand zu weisen, daß Korfany durch seine mit reichen Geldmitteln versehenen Organe sich auch an den einen oder anderen wilden Berichterstatter heranmacht, um zu veranlassen, daß Greuelnachrichten aus Oberschlesien in die deutsche Presse gelangen. Greuelnachrichten aus Oberschlesien ist also mit größter Vorsicht zu betrachten.

Es ist bemerkenswert, daß jetzt sogar die bürgerliche Presse zugeben muß, daß die fortgeführten „Greuelnachrichten“ aus Oberschlesien von bestochenen Subjekten herrühren. Das ist allerdings die bürgerliche Presse nicht gehindert, monatlang diese Berichte abzufragen und jeden als „Landesfeind“ zu beschimpfen, der gegen dieses ebenso dumme wie verhängnisvolle Treiben Front machte.

Die Not der Künstler

Die Not der bildenden Künstler Deutschlands gab am gestrigen Sonntag Anlaß zu einer Kundgebung, die im Plenarsitzungsaal des Reichstages stattfand. Die Tagung war einberufen worden von der Gesamtheit der deutschen Künstlerverbände und dem Bund deutscher Architekten. Der Saal war überfüllt. Künstler, Parlamentarier, Künstler waren anwesend. In einleitenden Worten legte Max Liebermann die Veranlassung der Tagung dar. Die Notlage der Künstler sei die Not der Kunst, und umgekehrt. Reichsminister des Inneren Dr. Koch übertrugte den Künstlern die Grüße der Reichs- und Staatsbehörden. Architekt Prof. Heinrich Strömer verteilte die Forderungen der deutschen Baukünstler dem Reich gegenüber. Alles, was in Zukunft gebaut werde, müsse vom Geist der Kunst durchdrungen werden. Der Staat müsse verpflichtet werden, die künstlerische Ausführung aller seiner Bauten Baukünstlern zu übertragen und der Staat selbst dürfe sich dabei nur die Verwaltungsarbeit vorbehalten.

Kurz, aber sachlich sprach der Maler Hans Baueschel und hielt dem Ministerialrat nochmals die Luxussteuer vor und forderte eine radikale Umgestaltung des Urheberrechtes. Die Kunstpflege müsse über Stadt und Land sich gleichmäßig ausbreiten, dann werde es vermieden werden, daß sich die Künstler in den großen Städten zusammenballen. Die Kunst müsse dezentralisiert und eine Einheitsfront von Künstlern gebildet werden. Bildhauer Fritz Klimsch sprach als Vertreter der Bildhauer und verlangte Gleichstellung des Bildhauers mit den Architekten. Dem Bildhauer sind in letzter Zeit zu wenig Aufgaben gestellt worden; er muß Gelegenheit erhalten, sich bei den öffentlichen Bauten dekorativ betätigen zu können. Die Zeit der Sieges- und ähnlichen Denkmäler sei vorüber.

Der Reichskunstwart Prof. Dr. Redslob, der wiederholt mit dem Widerspruch der Versammlung zu kämpfen hatte, nahm dann in längeren Ausführungen zu den Referaten Stellung. Es handelte sich für das Reich darum, allgemein eine Gesundung der Kunst herbeizuführen. In dieser Beziehung könne der Kanalarbau als Symbol der neuen Zeit gelten. Innerhalb der Kunst sei Kampf und Gegensatz notwendig. Nach außen aber Geschlossenheit. Dann werde die Gesundung ganz von selbst kommen. Der künstlerische Gedanke dürfe nicht herabgewürdigt werden. Der Reichskunstwart beschäftigte sich dann eingehend mit der künstlerischen Ausgestaltung der Reklame. Auf den Zwischenruf „Brieftauben!“ erklärte er, daß er keine Antwort für die Postverwaltung erteilen könne, sich durchbilden, daß er in Kunstfragen bei manchen Behörden immer wieder auf große Schwierigkeiten stöße.

Daraufhin verlas Max Liebermann folgende einstimmig angenommene Kundgebung: „Die deutsche Künstlerschaft sieht

vor der Aufgabe, aus eigener Kraft die Not der Zeit zur Grundfrage einer Gesundung zu machen. Ihr schöpferischer Wille vermag Verarmung zum Segen zu wandeln. Daher muß der Künstler verlangen, daß er bei allen produktiven Aufgaben von Anfang an als entscheidender Faktor eingeseht wird. Er muß verlangen, daß eine Gesundung des Unterrichts auf handwerklicher Grundlage erfolgt. Er muß verlangen, daß Gelehrte und Verwaltungsmannschaften, die kulturelle Fragen berühren, nicht ohne ihn bearbeitet werden. Erfüllung dieser Forderungen ist die lebendige Kräfte der Künstlerschaft und legt die Grundlage zur Behebung aller Arbeit.“

Die soziale und politische Revolutionierung Deutschlands und der Welt wird auch der Kunst mehr helfen als alle noch so aut gemeinten Reden, Resolutionen und Reformversuche. Das wurde zwar auf dem im Charakter sehr gemischten Kongress nicht ausgesprochen, aber es ist darum nicht weniger wahr!

Zweite Mittags-Vorstellung im Staatstheater: „Die Skandinavier“. Schwacher Aufstuf, plötzlich starker Mittelklang, aufsteigender Ausklang. Im Ganzen: die Skandinavier sind nicht so harmlos, wie es an diesem Morgen schien. Manchmal war man versucht zu glauben, es handle sich um die Literatur lustiger Völkchen. Ihr Irrtum. — Daß (unvermeidlich bei literarischen Veranstaltungen) sprach die einleitenden Worte, die fast die Hälfte der ganzen Veranstaltung wegnahmen. Wer soll einen noch ernst nehmen, wenn man sich selber zu ernst nimmt! Grete Sandheim las schlicht und nett, aber unperfönllich, Prosa von Andersen, Jacobson und Björnsen. Legald erwies sich diesmal als eindringlicher Dialektiker und ließ mit einem revolutionären Bekenntnis Jbsens Schwingungen zittern. Parry kam farctisch, launig und sicher mit heiter-ernsten Skizzen von Wied und Hamann. Strindbergs Szene „Die Stärkere“, in der eine worpraffende Schweißfliege auf ein stummendes Reptil losgeht, schloß, gekipelt von der Bertens und Sussin. Man kann das Stückchen heute kaum besser sehen.

Bunbury, Ostas Wildes lässliche Verspottung englischen Komödiengestirns, wurde bereits zum 200. Male in der „Tribüne“ gegeben. Die Aufführung, die einen herben deutschen Stich ins Possenhafte erhalten hat, fand wieder vielen Beifall. Gerda Gade aus Kopenhagen tanzte am Sonntag vormittags im „Kleinen Theater“. Geübte Technik alter Ballettschule, aber ohne den Reiz eigener Persönlichkeit, die eine besondere Veranstaltung (zu den vielen anderen) künstlerisch rechtfertigte.

Im Fessing-Theater ist die für heute angelegte Erkaufung von Koliere Komödie „Amphitryon“, auf Mittwoch, den 8. d. Mts. verschoben worden.

Temperatur und Blutbeschaffenheit. Ueber den Einfluß der Temperatur auf die Zusammenziehung des Blutes liegen bisher noch verhältnismäßig wenig einmündliche Beobachtungen vor. Man hatte allerdings schon festgestellt, daß bei Einwirkung niedrigerer Temperatur auf gewisse Körperstellen die weichen Blutkörperchen sich verminderten und die Dichte des Blutes zunahm, bei Wärme einwirkung dagegen die Blutdichte abnahm, während gleichzeitig sich die Zahl der weichen Blutkörperchen vermehrte. Da sich jedoch verschiedene dieser Angaben widersprachen, so war eine Nachprüfung dringend geboten, und die kürzlich von Gordon in der „Berliner klinischen Wochenschrift“ dargelegten Untersuchungen sind deshalb doppelt zu begrüßen.

Die Versuche, die an Händen ausgeführt wurden, hatten zunächst das Ergebnis, daß bei Einwirkung trockener Hitze die Zahl der roten Blutkörperchen deutlich zunahm, was indessen zum Teil auf die durch die Wärme bewirkte lokale Wässerung zurückzuführen ist, da durch feuchte Hitze keine wesentliche Blutveränderung zu erzielen war. Anfangs war die Zunahme der roten Blutkörperchen nur an den erwärmten Körperstellen wahrzunehmen. Als aber der Versuch mit der Einwirkung der trockenen Wärme längere Zeit und zwar zwei Monate fortgesetzt wurde, nahm die Zahl der roten Blutkörperchen auch im übrigen Körper zu. Damit ist der Beweis geliefert, daß man durch dauernde, d. h. täglich einige Stunden währende Einwirkung trockener Wärme sehr wohl eine künstliche Zunahme der roten Blutkörperchen erzielen konnte. Hierdurch wird auch die ebenfalls in jüngster Zeit entbeide Erscheinung bestätigt, daß bei Europäern, die in der trocken-heißen Wüste leben, die Zahl der roten Blutkörperchen erheblich steigt, wie denn auch das Blut der eingeborenen Bewohner der Wüste ganz abnorm große Mengen von roten Blutkörperchen aufweist.

Bürgerlandale im Theater sind jetzt ein beachtliches Vergnügen. Dieser Tage wurde in Nürnberg eine Aufführung von Tolstois „Kasse Mensch“, in Hannover eine Aufführung von Lautenlads „Farrhauskomödie“ durch Böhmjensen gegeben. Warum enthält man auch dem deutschen Publikum keine solche Einheitsposse „Die Freiheit in Krähwinkel“ vor?!

Von der „Volkshöhne“, Zeitschrift für soziale Kunstpflege, ist soeben das zweite Heft zur Ausgabe gelangt. Neben literarischen Beiträgen gibt eine „Kundgebung“ Material über die Volkshöhnenbewegung. Preis des Heftes 1,30 Mk., Halbjahresabonnement 3 Mk., beim Verlag Berlin C. 25, Liniestraße 227.

Im 6. Konzert der Volkshöhne, das am Sonntag, den 12. Dezember, mittags 12 Uhr, im Theater am Bülowplatz stattfand, wird Franz Schuberts Sonate A-dur und der Liederkreis „Die schöne Müllerin“ zum Vortrag gelangen. Mitwirkende: Walter (Klavier), Georg A. Walter (Gesang).

Mittwoch Zahlabend in Groß-Berlin

Eine Bedrohung der Beamten

Die ständig wachsende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse zwingt auch die unteren und mittleren Beamten, eine Verbesserung ihrer Bezüge zu verlangen. Auch ihnen ist es ebenso wie den Arbeitern gänzlich unmöglich, irgend etwas zur Verbesserung ihres Haushalts zu tun. Die Verteuerung greift auch in ihren Kreisen immer weiter um sich. Die Regierung und die staatlichen Behörden sehen der immer schlimmer werdenden Gestaltung dieser Verhältnisse tatenlos zu. Die Verhandlungen mit den Organisationen werden verkleppert; aus Mangel an Mitteln will man eine gründliche Aufbesserung der Beamtengelder nicht hinterziehen. Es ist selbstverständlich, daß unter solchen Verhältnissen die Arbeitslust der Beamten nicht gesteigert wird, und daß sie schon daran denken, die äußersten Mittel zur Durchführung ihrer Forderungen anzuwenden. Besonders unter den Postbeamten hat die Erregung über die unhaltbaren Zustände scharfe Formen angenommen. Der Reichspostminister Giesberts hat nunmehr an alle Dienststellen ein Telegramm geschickt, in dem es heißt:

„Gegen Beamte, die streiken oder ihre Unlust zum Dienst kundgeben, wird das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlassung eröffnet. Hilfskräfte, die sich dieser Bewegung anschließen, werden strikt entlassen.“

Diese Maßnahme ist das allerungeeignetste Mittel, um die Erregung der Beamten zu beschwichtigen. Herr Giesberts, der die christliche Arbeiterführer, scheint sich gänzlich als Werkzeug der Bürokratie benutzen zu lassen, die da glaubt, mit den Mitteln der alten Mächtigen eine soziale Bewegung niederzuschlagen zu können. In einer Versammlung der Diätare der Reichspost, über die wir an anderer Stelle berichten, hat man sich am Sonntag mit diesen Fragen befaßt und das Telegramm des Postministers gab den Anlaß zu einer Entschließung, die die Einstellung einer Aktion gegen das Streikverbot verlangt.

Auch wir müssen fordern, daß gegen die Beamten keine Gewaltmaßnahmen angewendet werden, sondern daß so schnell wie möglich eine Aufbesserung ihrer Verhältnisse vorgenommen wird. Wenn die Regierung nur ein Teil von der Energie, die sie gegen Arbeiter und Beamte anwendet, gegen die Streikverhinderung der bestehenden Klassen gebrauchen würde, dann hätte sie sehr schnell die Mittel, die zur Aufhebung der Bezüge der unteren und mittleren Beamten notwendig sind.

Abkehr von der formalen Demokratie

Der Rechtsanwalt Dieh in Karlsruhe, der beste Theoretiker der bürgerlichen Rechtssozialisten, ist aus dieser Partei ausgeschieden. Ueberraschend kommt das keinem, der die Entwicklung der bürgerlichen Rechtssozialisten etwas verfolgt. Schon während des Krieges stand Dr. Dieh in Opposition zur offiziellen Parteipolitik und aus derselben Einstellung hat er dann auch sein Mandat zur hiesigen Landesversammlung niedergelegt. Als dann der Hauptbestand der früheren Gouverneur von Berlin, Georg Schöpsin, als Hauptschriftleiter an das Karlsruher Parteiorgan trat, trübte sich die Konstellation naturgemäß immer mehr zu und wiederholte sich es zu scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der Karlsruher Ortsgruppe. Dr. Dieh propagierte schon damals mit Leidenschaft die Ansicht, daß das Kleben an der formalen Demokratie der Arbeiterklasse zum Verhängnis werden würde. „Die Demokratie ist ein aufgelegter Schwindel“, rief er aus und er fand dabei die Unterstützung eines großen Teils der Versammlung. Auch auf dem Casseler Parteitag der Rechtssozialisten hat Dr. Dieh ähnlich gesprochen, löste aber dort naturgemäß nur eine schwache Resonanz aus. Die Veranlassung zu seinem nunmehrigen Austritt gibt Dr. Dieh der Kürzlichkeit in Baden-Baden abgehaltene Landespartei, dessen Beschlüsse ihm gefiel, daß man in seiner Haltung nur „eine unzeitgemäße Demagogie und Schädigung der Parteinteressen“ erblickte. Wohin sich Dr. Dieh gewandt hat, ist uns nicht bekannt. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß seinem Austritt noch eine stattliche Reihe bürgerlicher Rechtssozialisten folgen wird. Der Austritt von Dr. Dieh wird natürlich kein Einzeltritt bleiben. In die Richtung der rechtssozialistischen Partei in Baden, die der bis zum Fanatismus verteilten formalen Demokratie revolutionär-kritisch gegenübersteht. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet ist der Vorfall ein neuer Beweis von der Häufung der Zerfallserscheinungen im rechtssozialistischen Lager.

Die Regierungsbildung in Sachsen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Dresden, 6. Dezember.

Die Rechtssozialisten hielten gestern ihre Landeskonferenz ab. Der Regierungsbildung in Gemeinschaft mit der Unabhängigen Sozialdemokratie wurde zugestimmt. Ministerpräsident soll und bleiben. Die Verteilung der übrigen Ministerposten wird erst später geregelt. Heute finden Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Parteien in Dresden statt. Um 12 Uhr beginnt im Landtaggebäude eine außerordentliche Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie, die sich mit der politischen Lage in Sachsen und der Regierungsbildung befaßt.

Rückgang der Erwerbslosenziffer

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Gesamtzahl der untersten Erwerbslosen im Reich während der ersten Novemberhälfte weiter zurückgegangen. Verursacht wird dieser Rückgang vor allem durch die allgemeine Geschäftsbesserung, auf die das an sich bedauerliche Sinken unserer Valuta nicht ohne Einfluß gewesen ist. Am 15. November betrug die Gesamtzahl der untersten Erwerbslosen 349 243. Sie hat sich gegenüber dem Stande vom 1. November um 11 826, und zwar 7087 männliche und 4789 weibliche Erwerbslose verringert. Die Zahl der Familienangehörigen, die Zuschlagsempfänger wurden, ist von 345 828 auf 334 373 herabgegangen. Demgegenüber ist der Aufwand an Erwerbslosenunterstützung in der Zeit vom 1. bis 15. November von 40 883 843 Mark auf 43 355 436 Mark gesunken, nachdem am 1. November die Auszahlung der Winterbeihilfen begonnen hat.

Beginnende Spaltung in Frankreich

Paris, 6. Dezember.

Die rechtsstehenden Sozialisten, unterstützt von den Vertretern des sozialistischen Kongresses, erziehen einen Aufruhr, um zum Widerspruch gegen den Anschlag an die dritte Internationale aufzufordern. Auf dem Parteitag werde es sich entscheiden, wer zu den Kommunisten gehöre und wer der sozialdemokratischen Partei treu bleibe. Die Haltung dieses Ausschusses wird allgemein als

der erste Schritt zur Spaltung der Partei angesehen. Dem Anschlag gehören u. a. an: Renaudel, Paul Boncourt, Raveras, Moutet und Brade.

Paris, 6. Dezember.

Der sozialistische Kongress des Bezirkes Lille hat sich gegen den Anschlag an die dritte Internationale mit 275 gegen 141 Stimmen ausgesprochen; dagegen hat der Bezirk von Koblenz für den Anschlag gestimmt, und zwar mit 225 gegen 188 Stimmen. Die Sozialisten von Montpellier haben den Anschlag an Moskau mit 215 gegen 134 Stimmen abgelehnt. Die Sozialisten des Departements Aude haben sich für die dritte Internationale ausgesprochen.

Allgemeiner Auszustand in Spanien

Paris, 3. Dezember.

Nach Meldung der Information aus Madrid haben die Gewerkschaften für den 6. Dezember wegen der Zwangsmaßnahmen gegen Arbeiterorganisationen und die sozialistische Partei den Allgemeinaustritt in ganz Spanien angekündigt.

Der frühere Direktor des Berliner Chenhotels, Birndorfer, ist in der Schweiz auf Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Ob seine Auslieferung erfolgt, ist noch zweifelhaft, da die Schweiz wegen Schleichhandels nicht ausliefert. Man will Herrn Birndorfer nun den Prozeß wegen Beamtenbestechung machen.

Parteitag der R. P. D.

Die gestrige Tagung des kommunistischen Parteitages war ausgefüllt mit Referat und Diskussion über „Die Agrarfrage“. Thalheimer besprach und erläuterte im Rahmen seiner Ausführungen das Agrarprogramm der Partei. Er schilderte kurz die Gliederung in den Verhältnissen der agrarischen Produktion und beschäftigte sich dann mit den einzelnen Schichten, Großgrundbesitzer, Großbauern, Mittel- und Kleinbauern und den Landarbeitern. Die Landarbeiter seien heute einer der revolutionärsten Teile des Proletariats. Die Enteignung des Großgrundbesitzes müsse ohne Entschädigung und gewaltlos erfolgen. Denn man brauche sich nicht der Illusion hinzugeben, daß die Großgrundbesitzer ihr Land freiwillig abtreten. In der Landarbeiterschaft sei durch eine jahrhundertlange Knechtung ein großes Maß von Haß aufgespeichert, und man habe keine Ursache, sie passiv zu belassen. Mögen die Junker ernten, was sie gesät haben. Man könne nicht alles programmatisch festlegen, sondern müsse freie Hand lassen besonders da, wo keine Handhabe bestehe, die sofortige Enteignung vorzunehmen. In allen sozialen Konflikten aber, wo die Großbauern nicht auf der Arbeiterseite stehen, sei der Kampf auf der Seite der Unterdrückten auszuweichen.

Die Agrarfrage sei keine ferne Zukunftssache, sondern müsse unmittelbar gelöst werden. Ihre Lösung könne nicht auf Deutschland beschränkt bleiben, sie müsse sich über Sowjetrußland auf die Agrarländer Südosteuropas, die die Elemente einer Bauernrevolution in sich trügen, erstrecken. Bei einer solchen Ordnung der Dinge werde Rußland Getreide anführen können in viel größerem Maße als jemals früher, und zwar nicht wie früher auf Kosten des hungernden Bauern. Die neue Partei müsse diese Aufgabe erfüllen, und dann werde das Land mit den Arbeitern sein.

Die Diskussion brachte teilweise scharfe Kritik, so Ablehnung des Agrarprogramms, teilweise auch Zustimmung und Ergänzung. Unfried-Stuttgart lenkte die Aufmerksamkeit der Delegierten auf den Zusammenschluß der Bauern, besonders in Mittel- und Süddeutschland. Der 7-Millionen-Armeer der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter solle die organisierte 10-Millionen-Armeer der Bauern gegenübergestellt werden. — J. H. Bergedorf wendet sich scharf gegen das Agrarprogramm und fordert seine Ablehnung. Man komme heute damit nicht mehr aus, es sei nicht sachlich genug. — Urban-Hamburg plädiert für Annahme des Programms, kritisiert aber ebenfalls die Bestimmung, daß man den Großbauern, die die Sowjetrepublik anerkennen, Land lassen soll. Diese Bestimmung spreche für den „Opportunismus“ der Verfasser dieses Programms. — Der Vorsitzende teilt mit, daß dieser Passus zurückgezogen werde.

Allgemein kommt in der weiteren Aussprache die Wichtigkeit der Gewinnung der Bauern, der Erhaltung der Produktion, zum Ausdruck. Wesentlich neue Gesichtspunkte traten aber nicht hervor. Nach Schluß der Diskussion erfolgte die Annahme des Agrarprogramms.

Die Montagssitzung brachte zuerst zwei Begrüßungsansprachen des Franzosen Ker und eines bulgarischen Vertreters. Friesland brachte eine Resolution zur finanziellen und moralischen Unterstützung der internationalen Rotgardisten ein, die einstimmig angenommen wurde. Dann referierte Koenen über „Die Organisation der Partei.“ Er betont, daß auf dem Parteitag und in den Organisationen selbstverständlich weiteste Freiheit der Kritik bestehe, daß aber Beschlüssen gegenüber es kein Klammern geben dürfe. Er hebt gegenüber den Organisationsbestimmungen der Unabhängigen Partei hervor, daß man durch Schaffung des Zentralkomitees die Schwierigkeiten, die sich dort mit dem Parteiausfluß und der Reichskonferenz ergeben hätten, beseitigen wolle. Die meisten Anträge seien in das Statut hineingearbeitet worden. Der Name „Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands“ sei gewählt worden, um dem Spaltungsgerede entgegenzutreten und auszudrücken, daß man nicht spalten, sondern vereinen wolle alles was kommunistisch sei. Dieser Name sei unter Mitwirkung der Moskauer Exekutive zustande gekommen. Starker Widerspruch erhebt sich über die Ausführungen Koenens, daß besondere Bestimmungen über die Einberufung außerordentlicher Parteitage nicht nötig seien. Keine Parteileitung werde sich solchem Drängen widersetzen. Koenen beklagt sich bitter, daß in der Beitragsfrage so starke Differenzen bestehen und man der Zentrale nicht das gebe, was sie zu ihrer Leistungsfähigkeit bedürfe. Er empfiehlt einen vorläufigen Wochenbeitrag von 50 Pfg., der aber für die Zukunft nicht ausreiche, davon könne die Zentrale nicht leben.

Aus dem Statut selbst ist hervorzuheben: Der Aufbau der Partei nach Wirtschaftskreisen, die zu Bezirken zusammengefaßt werden. Gliederung in Ortsgruppen mit selbständiger Verfassung, die der Genehmigung der Bezirksleitung bedürfen. Schaffung eines Vertrauensmännerkörpers, der sich aus Vertretern der Betriebe, der Gewerkschaften, der Betriebsräte, der Genossenschaften und der Gemeindeparlamente zusammensetzt. Der Parteitag ist die höchste Instanz der Partei, er hat mindestens einmal im Jahre zusammenzutreten. Die Zentrale wird auf dem Parteitag gewählt zur Leitung der Partei und zur Kontrolle der Parteipersonen und Funktionäre. Der Zentralkomitee ist zur Erledigung wichtiger Angelegenheiten und zur Kontrolle der Zentrale geschaffen. Er übt die Rechte des Parteitages aus, wenn dessen Einberufung aus politischen Gründen unmöglich ist. Die Parlamentarisationen sind der Kontrolle der Parteipersonen untergeordnet. Die Parlamentarier können jederzeit von der Zentrale oder dem Zentralkomitee zurückberufen werden. Sie haben vor ihrer Wahl eine Blankomacht für die Mandatsübertragung zu unterschreiben und sie der Zentrale oder der Bezirksleitung auszuhandigen. Die gesamte politische und taktische Haltung der Parteipresse untersteht der Kontrolle der Zentrale.

Groß-Berlin

Unser Organisationskalender

In Groß-Berlin haben wir ein vielgestaltiges Parteeleben. Es vollzieht sich wenig sichtbar in dem Vereinsrahmen. Die Distrikte, Abteilungen, Kommissionen aller Art wirken je nachdem in engeren oder weiteren Zirkeln für unsere Sache. Kleinarbeit wechselt ab mit größerer agitatorischer Tätigkeit. Die Ankündigung dieser Zusammenkünfte kann wegen der gestiegenen Porto- und Druckkosten nur noch zum Teil durch die Post oder durch Handzettel erfolgen. Aus diesem Grunde erfolgt sie vielfach durch unser Blatt. Um Raum zu schaffen, sind wir genötigt, diese Ankündigungen in kleinerer Schrift, aber auch nur einmal in der Rubrik: „Aus den Organisationen“ erscheinen zu lassen.

Trotzdem und gerade deswegen erscheint die regelmäßige Beachtung dieser Rubrik sehr notwendig. Sie ist wichtig, weil die Genossen daraus erfahren, welche Veranstaltungen, Sitzungen und Versammlungen für die einzelnen Bezirke angekündigt werden. Wichtiger als das Lesen dieser Bekanntmachungen ist natürlich die Teilnahme der Mitglieder an den Veranstaltungen.

Deshalb: Beachtet den Organisationskalender!

Proletarische Feiertunden

Am Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karlstraße. Ansprache, Rezitationen, Musik — Bioline mit Begleitung der Orgel, Aufführung durch den Sprechchor „Der Tag des Proletariats“, Dichtung von Ernst Toller. Männerchöre, M. v. A. S. B. Eintrittskarten à 2,50 M. sind bei den Funktionären und in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8/9, zu haben. Die Funktionäre werden gebeten, die Karten in unserem Bureau, Breite Straße 8/9, Hof parterre links, abzuholen.

Die bedeutendsten Sitzungen der Bezirksversammlungen des Verwaltungsbezirks 2 finden regelmäßig am Montag jeder Woche, vom 13. d. M. ab, nachmittags 6 Uhr, in der Aula des Friedrichs-Bezirks-Gymnasiums, Kochumer Straße 88, statt.

Der Bädermeister Wilhelm Jiz, Gormannstr. 25/26, ist wegen unzuverlässiger Betriebsführung auf die Dauer von vier Wochen von der Mitgliedschaft ausgeschlossen worden.

Eine Verlesung hat sich gestern nachmittag in der Meyerheimstr. abgespielt. Dort verlächte ein Reisender Max Strißel seine Braut Gertrud Kranz in deren Wohnung zu erschlagen. Mit einer Leihwaffe schloß er nach ihrer rechten Schläfe, traf sie aber zum Glück nicht tödlich. Dann nahm er selbst Morphium, um seinem Leben ein Ende zu machen. Auch dieses Ziel erreichte er nicht.

Vom Stromnetz abgeschaltet. Wegen Ueberschreitung (Nachtbetrieb) der zur Einschränkung des Elektrizitäts- und Gasverbrauchs festgesetzten Satzungen für die Entnahme von Gas und Elektrizität ist auf Anordnung des Kohlenamtes Berlin die Elektrizität beim Gasbelieferung an nach bezeichnete gewerkschaftliche Betriebe eingeklemmt worden: 1. Otto's Schuhfabrik, jetzt „Bonvain“, Tantenstraße 23; 2. Grünfeld's Weinstuben, G. m. b. H., Jägerstraße 20; 3. Neues Ballhaus, Jägerstraße 69; 4. Bauernklub, Friedrichstraße 112b; 5. Markgrafen-Kasino, Markgrafenstraße 22; 6. Café Markgraf, Markgrafenstraße 19; 7. Weinlokal Krufe, Belle-Alliance-Platz 6; 8. Bassauer Kaula, Bassauer Straße 25; 9. Hink, Kochstraße 27.

Vortrag über Stadtkosten. Prof. Großmann hält am 11. Dezember, abends 6 Uhr, in der Universität im Auditorium Maximum einen Vortrag über die Stadtkosten zum Besten der „Studentenhilfe“. Das Eintrittsgeld für die Nichtstudierenden beträgt 3 M., für die Studierenden 2 M. Der Wohltätigkeit sind keine Schranken gesetzt.

Voranschläge Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Ein wenig kälter, zunächst noch größtenteils trübe und neblig, bei mäßigen nordöstlichen Winden. Ohne erhebliche Niederschläge, später langsam aufläuternd.

Gewerkschaftliches

Es kriselt im Reiche Giesberts

Die Diätare (Postboten und Postillon) des Bezirksvereins Berlin des Reichsvereins Deutscher Post- und Telegraphenbeamten hatten sich am Sonntag in einer überfüllten Versammlung in den Germaniasälen zusammengefunden.

Der erste Teil der Versammlung brachte die Erledigung organisatorischer Fragen. Der Referent sowohl als auch die Diskussionsredner forderten eine Umfassung des Verbandes in freigewerkschaftliche Richtung und enge Zusammenarbeit mit den Arbeiter- und Angehörigenorganisationen. Der Beamtendünkel müsse mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, nur mit den Arbeitern gemeinsam könne eine Besserung der mißlichen Verhältnisse, in der sich die Beamten befinden, eintreten. Die politische Neutralität der Beamtenorganisationen

sei ein Hindernis. Man müsse sich für rechts oder links entscheiden, oder man würde zerrieben. Wirtschaftliche Kämpfe würden sich in der heutigen Zeit, da sie Klassenkämpfe darstellen, zu politischen Kämpfen auswachsen. Am Beamtendünkel wurde während aber berechtigter Kritik geübt. Die Organisationen der Beamten mühten zu Klassenkampfschulen umgebaut werden, und zwar von innen heraus.

In einer Resolution wurde eine paritätische Zusammensetzung der Gruppenleiter und des Bezirksvorstandes gefordert, von dem jehigen Bezirksvorstand Berlin wird verlangt, daß er der nächsten Bezirksversammlung seine Kemitte zur Verfügung stellt.

Nach Erledigung der wesentlichen organisatorischen Fragen wurde die wirtschaftliche Lage erörtert. Die Wogen der Erregung gingen ziemlich hoch, leicht begehrlich, wenn man über die geradezu miserablen Entlohnung der Diätare und Beamten überhaupt orientiert ist. Die Ablehnung ihrer Forderungen werden sich die Beamten, vorliegenden Nachrichten aus dem Reiche nach zu urteilen, schwerlich gefallen lassen, unter Umständen werden sie auch vor einem Streik nicht zurückweichen.

Das

Streikverbot des Reichsministeriums über helle Empörung aus. Ein Proteststreik wegen des Erlasses wurde förmlich gefordert.

Einstimmig wurde nach eingehender Aussprache einer Resolution beschlossen, die aufs Schärfste die Nachenschaften der maßgebenden Stellen, besonders des Ministers Ritz, verurteilt. Die Beamten könnten das Gend' ihrer Frauen und Kinder nicht länger mit ansehen. Die Versammlung fordert nach Fühlungnahme mit den freien Gewerkschaften eine Aktion zur Senkung der Lebensmittelpreise. Zur Verbreitung der notwendigen Auffklärung sollen Massendemonstrationen statt finden.

